

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher neue Zeitung. 1947-1949 1948

23 (27.2.1948)

Süddeutsche Zeitung

Das Fenster
HEUTE

KARLSRUHER NEUE ZEITUNG

mm br. Nonp-Zelle
abe RM 1.50; Pforz-
und Württembergische
RM 1.50; Gesamtausgabe
RM 2.00; Anzeigen 10% Nachsch.

2. Jahrgang / Nummer 23

Freitag, den 27. Februar 1948

Einzelpreis 20 Pfennig

Sieg der Kommunisten in der Tschechoslowakei

Aktionskomitees haben mit der „Säuberung“ begonnen — Westmächte verurteilen die Vorgänge in der CSR

Prag, 26. Febr. (Dena.) Die Kommunisten haben in ihrem Kampf um die politische Herrschaft in der Tschechoslowakei am Mittwoch einen entscheidenden Sieg davongetragen. Als Präsident Beneš nach dem Muster der Balkanstaaten ein neues Volks-Büro-Kabinett „aus allen Parteien“ bildete, zwölf Kommunisten besetzten in dem neuen Kabinett außer Premierminister Gottwald Schlüsselposten, vier weitere wichtige Portefolios wurden den Sozialdemokraten übertragen, die sich am Mittwochmorgen zu einer Linksabweichung und zum Zusammengehen mit den Kommunisten entschlossen hatten. Die verbliebenen 8 Ministerposten-Positionen von zentraler Bedeutung wurden von Vertretern anderer kleinerer Parteien ausgefüllt.

Premierminister Gottwald verkündete vor einer gewaltigen Massenversammlung auf dem Wenzelsplatz die Zusammensetzung des neuen Kabinetts. In einer anschließenden Rede betonte er, er habe die Führer der Rechtsparteien besetzt. „Wir danken Präsident Beneš“, so sagte Gottwald, „dass er den Willen und den Wunsch des Volkes auch in Dingen berücksichtigt hat, die er selbst nur ungern billigte. Die Reaktion, die einen entscheidenden Schlag gegen die Volksdemokratische Front plante, ist zerschmettert und gescheitert. ... und nun, Genossen, da der Wille des Volkes gestiegt hat, müssen wir mit großer Energie daran gehen, alle Hindernisse zu beseitigen, die der Errichtung einer Volksrepublik im Wege stehen, die ein glückliches Leben für unser Volk sichert.“

Der Generalsekretär des am Mittwochabend gegründeten zentralen Aktionskomitees, der kommunistische Justizminister Dr. Alexej Čepička, betonte, es würde falsch sein, anzunehmen, daß der Kampf um die Lösung der Regierungskrise beendet sei. Die Reaktion sei zwar diesmal schwer wie noch nie zuvor gescheitert worden. Das zentrale Aktionskomitee müßte jedoch alles tun, um eine Wiederholung irgendwelcher herausfordernden Aktionen zu verhindern.

Prag, 26. Febr. (Reuters) Die in Ministerien, Fabriken und Büros in der gesamten Tschechoslowakei ins Leben gerufenen „Aktionskomitees“ begannen am Donnerstag mit der „Säuberung“ der gesamten öffentlichen und privaten Lebens-

nach offiziellen Berichten mehrere Studenten erschossen wurden.

Das neugebildete Aktionskomitee des Parlaments, dem Vertreter der Kommunisten, Sozialdemokraten, der katholischen Volkspartei und der slowakischen Demokraten angehören, trat am Mittwochabend zu seiner ersten Sitzung zusammen und appellierte an die Parlamentsabgeordneten, die neue Regierung zu unterstützen.

Westmächte zur Lage in der CSR

Washington, 26. Febr. (Dena.) Die Vereinigten Staaten, Großbritannien und Frankreich verurteilten am Donnerstag nachmittag laut Reuters in einer gemeinsamen Erklärung die Vorgänge in der Tschechoslowakei, welche das Fortbestehen der Grundrechte der Freiheit, zu der alle demokratischen Staaten sich bekennen, gefährden.

Mittel einer absichtlich und künstlich herbeigeführten Krise und gewissen bereits anderweitig erprobten Methoden, heißt es in der Dreimächterklärung, war es möglich, die freie Benutzung der parlamentarischen Einrichtungen auszuscheiden und die getarnte Diktatur einer einzelnen Partei unter dem Deckmantel einer Regierung der nationalen Union zu errichten. Sie müssen eine Entwicklung verurteilen, deren Konsequenzen für das tschechoslowakische Volk, das in den Leiden des zweiten Weltkrieges erneut sein Bestreben zur Freiheit unter Beweis stellte, nur verhängnisvoll sein können.“

errichten. Sie müssen eine Entwicklung verurteilen, deren Konsequenzen für das tschechoslowakische Volk, das in den Leiden des zweiten Weltkrieges erneut sein Bestreben zur Freiheit unter Beweis stellte, nur verhängnisvoll sein können.“

Flüchtlinge aus der CSR

Wien, 26. Febr. (Dena.) Politische Flüchtlinge aus der Tschechoslowakei, die laut INS hier eintrafen, erklärten, die Lage erinnere an die schlimmsten Tage der Nazi-Invasion vor 18 Jahren.

Neubausen, 26. Febr. (AP.) Über die deutsch-tschechoslowakische Grenze, die seit der politischen Krise in der Tschechoslowakei gesperrt und streng bewacht ist, sind in den letzten drei Tagen, soweit bisher bekannt, wenigstens 18 Tschechoslowaken illegal in die amerikanische Zone Deutschlands gelangt. Die Zahl junger Tschechoslowaken, die in die US-Zone Deutschlands flüchteten, sei im vergangenen Monat erheblich gestiegen, berichtete ein Vertreter der amerikanischen Militärregierung.

Regelung der Antarktisfrage

Buenos Aires, 26. Febr. (AP.) Jan Wilson, Legationsrat bei der britischen Botschaft in Buenos Aires, hatte eine längere Unterredung mit dem argentinischen Außenminister Juan Bramuglia. Nach dem Besuch erklärte man in Kreisen des Außenministeriums, es sei möglich, daß England sich bereit erklärt habe, die Frage der Hoheitsrechte auf den Arktis-Inseln auf einer Roundtable-Konferenz mit Argentinien, Chile, den USA und anderen „interessierten Mächten“ zu besprechen. Ein Mitglied der britischen Botschaft betonte dagegen, die Unterredung habe lediglich laufenden Tagungsfragen allgemeiner Art gegolten.

Die Schlacht um Mukden

Telegraf, 26. Febr. (AP.) Die mandchurische Industriestadt Mukden befindet sich nach militärischen Meldungen und Augenzeugenberichten in einer verwerflichen Lage. Die unaufhörlich vordringenden kommunistischen Truppen haben die Stadt, in der eine Hungersnot ausgebrochen ist, unter schweren Beschuß gelegt. Die chinesischen Luftstreitkräfte haben ihre Flüge nach Mukden eingestellt. In den Vorstädten des 55 Kilometer südöstlich gelegenen Kohlenindustriezentrums Penki toben Straßenkämpfe, wie ein anderer Bericht besagt. Weiter werden kleinere Truppenbewegungen der Kommunisten auf Fuchun gemeldet.

Mehr Freiheit für die Wirtschaft gefordert

Abgeordnete fordern Beseitigung der Zwangswirtschaft — Landtag nimmt vier Gesetze an

Stuttgart, 26. Febr. (SAZ.) Im württembergisch-badischen Landtag kam es am Mittwochmorgen zu einer wirtschafts- und ernährungsrechtlichen Debatte, der ein Antrag der Linkspartei von der Wirtschaftsverwaltung in Frankfurt am Main überprüfend zur Zulassung zu veranlassen, zu Grunde lag. Außerdem forderte der Antrag Maßnahmen für sofortigen Verkauf geheimer oder beschlagnahmter Industriebetriebe und beschlagnahmte Verträge des Gesetzestextes über das Mitbestimmungsrecht der Betriebsräte vor dem Landtag. Abg. Schneckenburger (SPD) mahnte, endlich die Zulagekarten auch auf den Kreis der zeitlich Schaffenden auszuweiten, die am Ende ihrer Gültigkeit, Abg. Schreck (KPD) fragte den Ministerpräsidenten, wann endlich das Mitbestimmungsrecht der Betriebsräte im Landtag behandelt werde. Die Gewerkschaften hätten das warten müssen und könnten sich nicht mehr für Ruhe und Ordnung in den Betrieben einsetzen. Den Landwirtschaftsminister Stöck fragte der Sprecher der KPD, was die Kontrolle der Anbauflächen ergeben hätte und nach welchen Maßstäben das Abfließen von Erträgen werden soll. Gegen die beabsichtigten Zuckerprämien für die Landwirte wandte Abg. Schreck ein, man solle den Bauern Maschinen und den Stadtkindern den Zucker geben, die hätten ihn nötiger.

Der CDU-Abg. André 4 verwarf sich gegen die Methode, die württemberg-badische Regierung immer wieder für

alle Missetände im Landtag schuldig zu stempeln. Wenn alle Zulagen bekämen, rief er aus, hätten die Normalverbräucher bald nichts mehr zu essen. Im Landtag würden Beschlüsse in den Tag hinein gefaßt, obwohl jeder Abgeordnete wisse, daß die nicht durchgeführt werden könnten. Da Frankfurt und nicht der Landtag bestimme, „Man soll unserer Wirtschaft endlich mehr Freiheit geben“, rief er aus, und betonte die Verpflichtung des Staates, nach drei Jahren nicht-militärischen Krieges endlich mehr Lebensmittel nach Deutschland herbeizubringen als das geschehe.“ Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen forderte André schärfsten Abbau der Zwangswirtschaft und Bürokratie. Wenn statt 10.000 nur 50 Artikel bewirtschaftet würden, stünde es besser um unsere Wirtschaft. Als er darauf hinwies, wie gut württemberg-Baden im Vergleich zu anderen Ländern noch dastehe und sagte, in Württemberg seien z. B. die Portionen noch größer als in Bayern, rief ihm Abg. Böpple (KPD) zu: „In Mannheim müssen Gaststätten schließen, da sie nichts zu essen haben!“

Auch Abg. Margulies (DVP) forderte eine sofortige Beseitigung der Zwangswirtschaft und dadurch die Schaffung von günstigeren Arbeitsbedingungen der Wirtschaft. Im übrigen plädierte er für die Einführung der Beschäftigungskarte für Angestellte und Beamte und setzte sich dann in scharfen Worten mit der Frankfurter Wirtschaftsverwaltung auseinander, der er einen unverfügbaren Zentralismus gegen die Länder und eine Ausschaltung der süddeutschen Interessen zu Gunsten der norddeutschen vorwarf. Er ging soweit zu erklären, in Frankfurt würden Behörden zum Geschäftsmachen geschaffen. Minister Stöck unterließ wieder seinen Willen, sich in Frankfurt energisch für die Forderungen der gebürtigen Arbeitenden einzusetzen. Die gänzliche Aufhebung der Bewirtschaftung lehnt er ab, will aber eine Auflockerung ins Auge fassen.

Vier Gesetze wurden in der getriggerten Sitzung angenommen: Das Gesetz über die Bestellung von Treuhändern für Personen unter Vermögenskontrolle (hier wurde die Hinzuziehung der Gewerkschaften genehmigt); ein Gesetz über außerordentliche Maßnahmen im Pachtrecht (die Kündigung von Pachtverträgen ist nicht vor dem 31. 12. möglich); ein Gesetz über Änderung des Mieterschutzrechtes und ein Gesetz zur Regelung der Lotterieverhältnisse.

Landtag nimmt vier Gesetze an

Die zweistündige Sitzung beschränkte sich auf technische Fragen der künftigen Verwaltung einiger Guthaben, auf die Rußland Anspruch erhebt. Man kam zu keinem Einvernehmen.

Nach DENA-Berichten erklärte der sowjetische Vertreter, H. V. Korkonoff, laut AFP auf der vierten Sitzung der Sonderbeauftragten für Österreich, der Sowjetunion käme es bei der Erdölfrage nicht auf Aktien an, sondern darauf, daß sie die Güter und Material erhalte. Die Außenminister verlegten sich nach DENA-INS wegen einer Grippeerkrankung Korkonoffs am Donnerstag auf unbestimmte Zeit.

Staatsstreich in Italien?

100 000 Mann sollen „unblutige Eroberung“ vorbereiten

Rom, 26. Febr. (Dena-INS) In einem am Donnerstagabend bekanntgegebenen vertraulichen Bericht der italienischen Regierung wird erklärt, daß Flugzeuge aus den kommunistischen kontrollierten europäischen Oststaaten im Schutz der Nacht Waffen über Norditalien abwerfen. In dem von Innenminister Mario Scelba verfaßten Bericht heißt es, daß schätzungsweise 100 000 Jugoslawen, Russen und andere Angehörige der Balkanländer illegal die italienische Grenze überschritten haben, um Maßnahmen für einen

eventuellen kommunistischen Staatsstreich vorzubereiten.

Der INS-Berichterstatter Michael Chirigo berichtet, man hege in Rom die Befürchtung, daß Italien das nächste Land auf der kommunistischen Liste für eine „unblutige Eroberung“ ist, nachdem am Mittwoch die Kommunisten in der Tschechoslowakei an die Macht gelangt sind.

Der an den Präsidenten der italienischen Republik, Enrico de Nicola weitergeleitete Bericht gibt ebenfalls an, daß sich über 200 geheime Rundfunkanten in Italien befinden. Der Bericht weist darauf hin, daß die Anstrengungen der italienischen Polizei, die geheimen Waffentage der Partisanen aufzudecken und auszuräumen, in Anbetracht des Nachschubs aus der Luft geradezu „anfällig“ werden.

Welt-Rundschau

WASHINGTON, (Dena-Reuters) Außenminister Marshall erklärte zur Unterstützung des Kreuzes für Kinder: „Eine hungrierende Welt und ein Leben in einem Elend stellen keine gute Investition für einen zivilisierten Frieden dar.“

WASHINGTON, (Dena-Reuters) Großbritannien und die USA unterzeichneten ein Luftfahrtabkommen für die Dauer von 15 Jahren, das amerikanische Verkehrs-Flugzeuge ermöglicht, Flugplätze, auf den Bermuda auf britische Inseln im Karibischen Meer zu benutzen.

WASHINGTON, (ap.) Das Staatsdepartement gab bekannt, daß Exkönig Michael von Rumänien für vier Wochen nach den USA kommen werde.

MONTEVIDEO, (ap.) Der ehemalige Präsident von Uruguay, Alfredo Baldoni, verstarb im Alter von 63 Jahren.

LONDON, (ap.) Laut Radio Moskau sind zwei Vertreter des amerikanischen Gewerkschaftsbundes C. I. O., zu einer Besprechung mit dem sowjetischen Gewerkschaftsführer in Moskau eingetroffen.

DEN HAAG, (SAZ.) Die Oberbehörden der vier Zonen Deutschlands sollen aufgefordert werden, die letzten Konferenzen der Stützkommission für eine europäische Zollunion betrauen, verfaßt in politischen Kreisen den Haag.

BRUSSEL, (SAZ.) Auf Vorschlag Großbritanniens hat in Jos (Nigeria) eine Konferenz über Sozialfragen in Afrika statt, an der englische, französische und belgische Vertreter teilnehmen werden, meldet „Het Volk“.

BRUSSEL, (SAZ.) Im April werden eine Reihe von Prozessen gegen Deutsche, die wegen Kriegsverbrechen angeklagt sind, in Belgien beginnen. In Brüssel werden die Gesetze von Feldherren, Reeder und Groß- und in Lüttich General Beirum angeklagt.

BRUSSEL, (SAZ.) Untersuchungen über die Atomenergie werden gegenwärtig in vier belgischen Universitäten und demnach in der Kröschschule durchgeführt. Die Arbeit an dem belgischen Universitäten geht vor ähnlichen Zwecken.

WIENER NEUSTADT, (Dena.) Der bisher größte Transport ehemaliger österreichischer Kriegsgefangener aus der Sowjetunion traf hier kürzlich laut APA in Stärke von 2000 Mann ein. Nach Aussagen der Heimkehrer sollen sich noch etwa 5000 österreichische Kriegsgefangene in der UdSSR befinden.

RANGUN, (ap.) Burma und die Sowjetunion werden diplomatische Beziehungen miteinander aufnehmen und in ihren Hauptstädten Botschaften eröffnen.

MOSKAU, (Dena-Reuters). Der erste Band eines sowjetischen Geschichtswerkes über den zweiten Weltkrieg ist von historischen Institut der sowjetischen Akademie der Wissenschaften zum Druck freigegeben worden.

Dokumente für IG-Farbenprozeß verschwunden

Anklagevertretung beschuldigt Verteidiger der Beiseiteschaffung

Nürnberg, 26. Febr. (AP.) Die Verteidigung der in Nürnberg angeklagten Direktoren der IG-Farben wurde von der Anklagevertretung beschuldigt, Dokumente über die Beziehungen zwischen dem Unternehmen und dem Konzentrationslager Auschwitz beiseiteschafft und vernichtet zu haben. Die Anklagevertretung stützt sich auf eidestattliche Erklärungen. Sie fordert, daß alle im Besitz der Verteidigung befindlichen Dokumente unverzüglich zur Verfügung gestellt werden. Der Anklagevertreter J. Dubois erklärte, für die Verantwortung der Dokumente sei Rechtsanwalt Dr. Wolfgang Alt, der Verteidiger des Leiters des Buna-Werks Auschwitz, Otto Ambros, verantwortlich. Er führte aus, daß Dr. Alt aus dem amerikanischen Dokument Center in Griesheim umfangreiches Dokumentenmaterial systematisch beseitigt habe, die Vertreter der IG-Farben in

Ludwigshafen hätten ganze Lastwagen mit Akten erhalten, unter denen sich auch solche über das Konzentrationslager Auschwitz befanden. Diese Leute hätten bei Nachforschungen erlangt, daß große Mengen der Dokumente vernichtet wurden. Die Nachforschungen hätten außerdem ergeben, daß Dr. Alt einen Doppelposten innehatte. Er sei als höherer Angestellter bei dem Ludwigshafener Werk und gleichzeitig als Verteidiger beim amerikanischen Gericht in Nürnberg bezahlt worden. Die Anklagevertretung teilte mit, daß in der Ludwigshafener Niederlassung der IG-Farben zahlreiches Personal von der französischen Kontrollkommission beschäftigt würde, das aber den größten Teil seiner Zeit der Verteidigung der ehemaligen IG-Farben-Direktoren widme. Eine Kiste mit fehlenden Dokumenten sei in der Wohnung Dr. Alts gefunden worden.

Protest der Bosch-GmbH wurde abgelehnt

Endgültige Entscheidung der französischen Militärregierung zu Saarprojekt

Stuttgart, 26. Febr. (SAZ.) Die französische Militärregierung hat den Einspruch der Robert Bosch-GmbH, Stuttgart, gegen die Verlagerung ihrer Neullinger Werke nach Homburg-Saar zurückgewiesen. In der Begründung heißt es, daß bei den Boschwerken ein Fall „übermäßiger wirtschaftlicher Machtanhäufung“ bestünde, da die Firma über 10 000 Arbeiter beschäftige und deshalb antarkelliert werden müsse. Die Anstellungen hätten wegen unzulänglicher Raumverhältnisse und Arbeitermangel aus dem Neullinger Gebiet verlagert werden müssen. Wenn die fraglichen Maßnahmen eine Auswirkung auf die Reparationen hätten, so handle es sich um ein Problem internationalen Rechtes, das durch die Regierungen gelöst werden müsse.

Die Bosch-GmbH erkennt die französischen Gründe nicht als stichhaltig an. Die Verlagerung sei nicht durch Raumschwierigkeiten und dergleichen veranlaßt worden. Es läge auf der Hand, daß die französische Demontagepolitik in Südwürttemberg allmählich Arbeitskräfte freilege. Die Franzosen hätten die Eingliederung deutscher Produktionskapazität in ihre Wirtschaft beabsichtigt. Erst nachdem die Versuche, eine Mitarbeit Bosch's am Saarwerk auf gutem Wege zu erreichen, gescheitert seien, habe Frankreich zum Mittel der Entkartellierungsbestimmungen gegriffen. Die Geschäftsführung von Bosch lehnt daher die französische Argumentation ab und behält sich weitere Schritte vor.

Noch keine Einigung über Österreich

Sowjetunion will Material und Güter, aber keine Aktien

London, 26. Febr. (AP) Die Westmächte wollen von der Sowjetunion eine genaue Aufstellung aller Vermögenswerte, die sie seit Kriegsende aus Österreich abtransportiert hat, verlangen, berichtet man in zuständigen diplomatischen Kreisen. Eine solche Aufstellung sei die wesentliche Voraussetzung für die Einigung der Außenministerstellvertreter über die Abfassung eines Friedensvertrages für Österreich.

Die Sonderbeauftragten der großen Vier für Österreich studierten die russische Ansprüche auf frühere deutsche Vermögenswerte in Österreich: Oelquellen, Grundbesitz, Gebäude, Raffinerien, Donauschiffahrt und Ausrüstung.

Dr. Schacht erhebt sich zum Ankläger

Ein Brief des ehemaligen Reichsbankpräsidenten beschlagnahmt

Stuttgart, 26. Febr. (SAZ.) Im Interniertenlager Ludwigsburg wurde ein Brief Dr. Hjalmar Schachts an den Generaldirektor der Salzammer A.-G., Alex Haffner, beschlagnahmt, der folgenden Wortlaut hat:

„Sehr verehrter Herr Haffner! Ich habe Ihnen noch zu danken für den freundlichen Brief vom 8. II. 47. Sie können sich denken, daß ich die letzten Wochen in ziemlicher Erregung verbracht habe. Die Sühne für das Verbrechen, das man an mir und meiner Familie begeht, wird nicht ausbleiben. Ich bedaure jeden, der sich mit dieser verantwortungslosen Regierung einmischt. Die Saat, die hier gesät wird, wird unvermeidlich aufgehen. Dieselben Bankrott-Politiker, die nach 1918 die Macht in Händen hatten und uns den wirtschaftlichen und finanziellen Zusammenbruch mit 10 Millionen Arbeitslosen und 1931 die Währungsverdrängung gebracht haben, dieselben unfähigen und kraftlosen Gestalten genießen heute im Schutze der Besatzungsmacht auf den Trümmern und Wunden des deutschen Volkes ihr behägliches Schmarrenleben. Es geht einen an. Aber die Vergeltung wird nicht ausbleiben; sie ist näher, als diese Marionetten glauben. Es geht mir

gesundheitslich so schlecht, daß ich mich gezwungen gesehen habe, zu dem Versuche, durch Anrufung der Amerikaner meine Frau und mich vor dem gesundheitlichen Zusammenbruch zu retten. Ob es Erfolg haben wird, beweise ich. Wenn die Neigung haben, mich einmal zu besuchen, bitte ich nur an die Verwaltung des Interniertenlagers zu schreiben unter Angabe der Ihnen passenden Tage. Ich würde mich sehr freuen, Sie zu sehen. Mit vielen Grüßen Ihr dankbarer Hjalmar Schacht.“

Der Brief liegt abschriftlich sämtlichen Ministern des württemberg-badischen Kabinetts vor.

Nach DENA-Berichten erklärte der sowjetische Vertreter, H. V. Korkonoff, laut AFP auf der vierten Sitzung der Sonderbeauftragten für Österreich, der Sowjetunion käme es bei der Erdölfrage nicht auf Aktien an, sondern darauf, daß sie die Güter und Material erhalte. Die Außenminister verlegten sich nach DENA-INS wegen einer Grippeerkrankung Korkonoffs am Donnerstag auf unbestimmte Zeit.

Die Sonderbeauftragten der großen Vier für Österreich studierten die russische Ansprüche auf frühere deutsche Vermögenswerte in Österreich: Oelquellen, Grundbesitz, Gebäude, Raffinerien, Donauschiffahrt und Ausrüstung.

Speisekammeraktion eine Fehlbesetzung

Pforzheim, (Dena.) Im Rahmen der „Speisekammeraktion“ hatte das Pforzheimer Ernährungsamt 19 000 Fragebogen für Haushaltungen bereitgestellt, von denen wohl einige abgeholt worden waren, jedoch bis zum Rückgabetermin kein einziger ausgefüllt zurückgegeben wurde.

Paderborn, (Dena.) Von insgesamt 19 870 Haushaltungen ist bei 19 000 Einwohnern nicht ein einziger „Speisekammer-Fragebogen“ ausgefüllt worden, gab die Stadtverwaltung bekannt.

Die Sühne für das Verbrechen, das man an mir und meiner Familie begeht, wird nicht ausbleiben. Ich bedaure jeden, der sich mit dieser verantwortungslosen Regierung einmischt. Die Saat, die hier gesät wird, wird unvermeidlich aufgehen. Dieselben Bankrott-Politiker, die nach 1918 die Macht in Händen hatten und uns den wirtschaftlichen und finanziellen Zusammenbruch mit 10 Millionen Arbeitslosen und 1931 die Währungsverdrängung gebracht haben, dieselben unfähigen und kraftlosen Gestalten genießen heute im Schutze der Besatzungsmacht auf den Trümmern und Wunden des deutschen Volkes ihr behägliches Schmarrenleben. Es geht einen an. Aber die Vergeltung wird nicht ausbleiben; sie ist näher, als diese Marionetten glauben. Es geht mir

Speisekammeraktion eine Fehlbesetzung
Pforzheim, (Dena.) Im Rahmen der „Speisekammeraktion“ hatte das Pforzheimer Ernährungsamt 19 000 Fragebogen für Haushaltungen bereitgestellt, von denen wohl einige abgeholt worden waren, jedoch bis zum Rückgabetermin kein einziger ausgefüllt zurückgegeben wurde.
Paderborn, (Dena.) Von insgesamt 19 870 Haushaltungen ist bei 19 000 Einwohnern nicht ein einziger „Speisekammer-Fragebogen“ ausgefüllt worden, gab die Stadtverwaltung bekannt.

Süddeutsche Allgemeine

Veröffentlicht unter Lizenz Nr. US WB 112. Herausgeber Dr. J. Peter Brandenburg (Verlagsleitung) und Felix Richter (Chefredaktion). Verlag: „Süddeutsche Allgemeine“ Pforzheim, Telefon 2091 und 2092. Druck: Badische Presse, Karlsruhe, Waldstr. 28.

Die alte und die neue Sprache

R. B. „Wir haben damals in Lorcarno eine neue Sprache, die europäische Sprache gesprochen. Wird das deutsche Volk das verstehen? Ich glaube es, denn das deutsche Volk ist ein großes Volk. Frankreich, das stets in der Vorhut des Fortschrittes marschiert, sollte sich jetzt hinter seinem Siege verstecken, mit mürrischen, finsternen Augen und trüben Blicken?“ rief Briand in der Sitzung der französischen Kammer am 26. Februar 1928 aus. Leider vergaß man auf beiden Seiten, also auch auf deutscher Seite im Laufe der folgenden Jahre die eben erst erlernte Sprache von neuem.

Auch Bidault erklärte kürzlich vor der französischen Nationalversammlung, Frankreich wolle etwas völlig Neues, doch hören wir bei ehrlichem Bemühen nur die Vokabeln einer Sprache, die wir nicht verstehen. Bidault, einst Professor für Geschichte, ist vielleicht besser als mancher seiner Vorgänger geeignet, darüber nachzusinnen, welche seit mehr als einhundert Jahren die Ursachen der Sprachverwirrung beider Völker sind, die heute berufen wären, Bedeutungsvolles zum Frieden der Welt und Europas gemeinsam beizutragen. Als an einem unglückseligen Tage des Jahres 843 der Vertrag von Verdun unerreicht wurde, mögen Ludwig der Deutsche, Karl der Kahle und Lothar von Lothringen aufgefahrt haben, die Völker aber, die man damals auseinanderriß, haben in den folgenden 1100 Jahren mit einem Meer von Blut und Tränen für diesen unheilvollen Schritt zahlen müssen. Seit jenem Zeitpunkt haben sich in beiden Ländern kaum Staatsmänner gefunden, die einst bestandene Einheit wieder herzustellen.

Wenn nun auf der Dreimächte-Konferenz der Versuch gemacht werden soll, aus der Bi-Zone eine Tri-Zone werden zu lassen, so wird es an der staatsmännlichen Weisheit der Franzosen liegen, daran Bedingungen zu knüpfen, die die einhundertjährige Bürde wechselseitiger Mißverständnisse und übler Taten nicht noch mehr belasten.

Der außenpolitische Ausschuß des amerikanischen Senates und auch der Ausschuß für europäische Hilfe haben angedeutet, welche Sprache die vernünftige ist, indem sie sich gegen eine politische Lösung der Ruhr und des Rheinlandes wandten. Nachdem der Osten Deutschlands gewaltsam und ohne Einsicht in die Dynamik solcher Ereignisse abgetrennt wurde, sollte jegliche Politik der unerfüllbaren Bedingungen von den Mächten, die den westlichen, den fortschrittlichsten Geist vertreten, vermieden werden. In der kurzen Fassung, die von der Bidault-Rede übermittelt worden ist, können die Bedingungen Frankreichs für eine Eingliederung Deutschlands in eine westeuropäische Union besonders hart, und es scheint uns nicht, daß sie von dem europäischen, den nationalen Aspirationen übergeord-

reten Geist getragen sind, der die Bevinsche Initiative auszeichnete. Zeitlich unbegrenzte militärische Besetzung des Rheinlandes, Verbot „gewisser“ Industrien und internationale Verwaltung der Ruhr, dürften eher Garantien einer ständigen europäischen Unsicherheit als Pfeiler des französischen Sicherheitsverlangens sein. Es gibt sicher andere, wirksamere Mittel, um dem Sicherheitsbedürfnis Frankreichs zu entsprechen, ohne daß damit eine lebensfähige Beschneidung vitaler deutscher Rechte verbunden ist.

Auf uns Deutsche besitzt der französische Geist die größte Anziehungskraft. Politiker und Staatsmänner haben es jedoch seit Jahrhunderten verhindert, daß wir längst wieder dieselbe Sprache sprechen. Wie Frankreich ist auch Deutschland ein Teil Europas, und es sieht trotz der zwölf vergangenen Jahre seine Mission ebenfalls in der Schaffung einer europäischen Einheit.

Etwas wirklich Neues, etwas was aus dem Dunst der Massenworte herausragt, war deshalb nur in dem Vorschlag Churchills zu sehen, der allen Ernstes verlangte, Frankreich und Deutschland sollten ein Bündnis schließen und die Vergangenheit begraben. So wenig realisierbar dies im Augenblick auch ist, so sehr ist es tatsächlich die Basis einer echten neuen Sprache zwischen den beiden Völkern. Das wirklich Neue besteht eben darin, das Alte zu überwinden, in diesem Falle Vertrauen, Hilfe und Verständnis geben und nehmen.

Haltet den Dieb!

Man kennt die alten Methoden der verfolsten Diebe, die um die Verfolger abzulenken, um so lauter „Haltet den Dieb!“ schreien. Aber nur selten fallen die Verfolger auf den üblichen Trick noch herein. Herr Dr. Hjalmar Schacht aber, ehemaliger Reichsbankpräsident, derzeitiger Insasse eines Internierungslagers, wo er seine Schuld am deutschen Volk abtoben soll, glaubt, mit diesem alten Verbrechertick noch Geschäfte machen zu können. Er schrieb an den Generaldirektor der Salamander A.G. einen Brief, dessen Inhalt wohl das Unverschämteste und Privolteste ist, das wir je gelesen haben. Ausgerechnet dieser Mann schreibt nach dem Dieb, er, der doch so redlich mitgeholfen hat an all der Not, all dem Elend, all den Tömmern, all den Blutopfern, unter denen das deutsche Volk heute so unsäglich leidet. Ausgerechnet dieser Mann bringt es fertig, sich über an ihm begangenes Unrecht zu beklagen, von Verbrechen zu sprechen, die an ihm begangen würden, jene anzuklagen, die heute sich bemühen, das Unheil, das er selber mitverschuldet, zu beheben. Wahrhaftig, es geschieht heute mancherlei, wober man sich nicht mehr wundert. Aber dieses Geschreibsel des Herrn Schacht ist doch das Unverschämteste, Frechste und Privolteste, das uns je zu Gesicht gekommen. Das deutsche Volk kennt den Dieb! Das Geschrei des Herrn Schacht nützt ihm nichts! h. w.

Die Sonne ist in Aufruhr

FRD — Die außerordentlichen Witterungsverhältnisse, die im Jahre 1947 fast auf der gesamten Erde herrschten, haben bereits die Ansicht laut werden lassen, daß auch in den kommenden Jahren abnorme Witterungsverhältnisse herrschen würden. Gleichsam als wissenschaftliche Stütze für diese These wird der von allen Astronomen beobachtete Aufbruch der Sonne angeführt, der sich in einem Rekord an Sonnenflecken bemerkbar macht. Im August vergangenen Jahres verzeichnete die Astronomie den Rekord von 208 Sonnenflecken. Die Vermutung liegt nun nahe, daß die Sonnenflecken an der ungewöhnlichen Weiterentwicklung des Jahres 1947 schuld waren. Während im Juni-Juli die sogenannte Relativzahl der Sonnenflecken 179 betrug, hatte sie im Mai die Zahl 208 erreicht. Das ist ein extrem hoher Wert, der seit 1826 nicht mehr dagewesen ist. In Sonnenjahren sinkt die Zahl bis nahe Null herab.

Die Zahl der Sonnenflecken wirkt sich allerdings nicht unmittelbar auf Licht und Wärme auf unserem Planeten aus. Man nimmt jedoch an, daß die Strahlen der elektromagnetischen ultravioletten Wellen, die in acht Minuten die 150 Millionen Kilometer von der Sonne zur Erde durchqueren und der unauflösbare Beschuß der Erde mit feinsten Sonnenstrahlen auf den Witterungscharakter Einfluß haben. Die Schwankungen in diesem Bereich wirken sich sehr stark auf das höchste Schichtsystem der Luftmasse um unsere Erde aus. Es gibt dann sogenannte ionosphärische Einbrüche und „Stürme“, die sich in Störungen des Erdmagnetismus und des Kurzwellenempfangs bemerkbar machen. Manche Forscher nehmen an, daß die Ionosphäre die durch den Sonnenbeschuß hervorgerufenen Einbrüche und Stürme auch in die untere Schicht der Atmosphäre überträgt, wo

sie sich in Wellenschwankungen umsetzen sollen. Wissenschaftliche Klarheit herrscht hierüber noch nicht. Die Beziehungen der Atmosphärenschichten sind so kompliziert, daß erst winzige Buchstöße erforscht sind. Immerhin lassen sich die beiden Hauptrhythmen der Sonnenfleckentätigkeit auf ein einziges Witterungsfaktoren auf der Erde nachweisen. Im Wachstum der Baumringe und den Seespiegelschwankungen, so am Kaprischen Meer und am Viktoriassee, läßt sich ein elfjähriger Sonnenfleckenzyklus nachweisen. Eine weitere Rolle spielt ein Rhythmus von 27 Tagen, die Zeit also, die die Sonne zur Drehung um ihre Achse braucht.

Namhafte Wissenschaftler nehmen an, daß die letztjährige abnorme Weiterentwicklung nicht allein auf die hohe Sonnenfleckentätigkeit zurückzuführen ist, sondern daß eine langdauernde Klimaschwankung im Spiele ist, die sich vielleicht erst in vielen Jahren voll und ganz bemerkbar machen wird.

Göttinger Hermann-Reuter-Tee

In Göttingen stellte man drei Einakter in das Licht der Rampe: Den im Jahre 1928 vollendeten „Lübecker Totentanz“, ein altes Mysterienspiel nach den Tafeln der Lübecker Marienkirche, als stonische Uraufführung, und nach der (letzlich in Hamburg in einer Neufassung der Bühne zurückgegebenen) Schauspiel-Oper „Saul“ — als weitere Uraufführung die „Ballade der Landstraße“ (Der Weg nach Freudenberg), die erste zeitgenössische Oper, die das Heimkehrerthema (Text von Sonja Koryt) im Schicksal der Kriegsfrau wiederbelebt. So ergab sich ein fesselnder Einblick in die Entwicklung des Komponisten, der mit dem Bekenntnis zur „Kurzoper“ hier gleichsam einen Beitrag zum selbstbedingten Operntheater liefert, ohne, wie die Ankündigung eines neuen, abendfüllenden

Einheitliche Kulturpolitik

Das Fazit der Kultusminister-Konferenz

Stuttgart, 25. Februar (SAZ). Das Stuttgarter Treffen der Kultusminister aller deutschen Länder ist in voller Harmonie verlaufen und hat nach Außerlassung des gastgebenden Ministers Theodor Blücher ein befriedigendes Ergebnis gehabt. Ein Resumé also, das auch dann noch unerfreulich stimmen kann, wenn man weiß, daß die Tagungsteilnehmer bewußt vermieden haben, heiße Eisen anzufassen, und daß konkrete Vereinbarungen nicht getroffen wurden. Sie zu formen war nicht der Zweck dieses ersten Zusammentreffens, dieser persönlichen Führungnahme der Kultusminister aller Zonen. Die nunmehr dreijährige Zerrissenheit Deutschlands mit den durch verschiedene Art wirksamen Ausstrahlungen außenpolitischer Beeinflussung hat innerzonal auch auf dem kulturpolitischen Sektor zu Divergenzen geführt, die nicht von heute auf morgen wieder zu beseitigen sein werden.

Welch ein Unterschied zwischen der geplatzten Münchener und der harmonisch verlaufenen Stuttgarter Konferenz! Geduldet war damals in erster Linie auf Seiten der Ostminister zu vermissen, meistliche Regieführung dagegen wohl auf beiden Seiten. Damals warfen die Gäste von drüben sofort die heißen Eisen in die Debatte. Teils gebunden, teils unwillige Hände wollten sie nicht anlassen. So ging man allseits blamiert und verstimmt wieder auseinander. Anders die Kultusminister. Zugegeben: die zur Debatte stehenden Themen waren ihrer Natur nach nicht so heiß — im Prinzip bergen auch sie genügend Explosivstoff und Anlaß zur Geistesheißung. Wenn man trotz mannigfacher Verschiedenheiten der Auffassungen über Probleme der notwendigen Reform des Erziehungswesens von einem harmonischen Verlauf der Konferenz sprechen darf, so ist das ein Verdienst eben dieser geschickten Regieführung, die s. Zl. in München versagte. Man hat das zerklüftete Terrain abgetastet, zerrissene Bindungen persönlicher Natur wieder gelöst. Argument mit Gegenargument abgewogen und ist zu dem Entschluß gekommen, große, das ganze Volk angehende Erziehungsprobleme in Zukunft zu koordinieren, um die Zonenschranken auf dem Gebiete der Kulturpolitik so schnell wie möglich unwirksam zu machen. Die sich aus den staatsmännlichen Verschiedenheiten der deutschen Länder hier zeigenden Schranken zu beseitigen, scheint in diesem Falle leider viel schwieriger zu sein. Jedenfalls stellt das in Stuttgart mit der Schaffung einer gemeinsamen kulturpolitischen Basis Erreichte ein bisher in unserer Nach-

kriegspolitik einmaliges Postivum dar, auf das die Ministerkollegen aller anderen Ressorts neidisch sein könnten, hätten nicht u. a. Kultusminister Grimme-Niedersachsen und sein Kollege aus Dresden, Dr. Hirsch, ausdrücklich immer wieder die enge Verflechtung aller Ministerien miteinander unterstrichen und die Zwecklosigkeit aller Einheitsbestrebungen auf kulturpolitischem Sektor ohne gleichzeitiges Mithgehen der Wirtschaft-, Sozial- und Finanzpolitik betont. Das dringliche Bestreben, die ungesunde zonale Zerrissenheit der deutschen Länder so schnell wie es gestattet wird, beseitigen zu helfen, zeigt sich wie ein roter Faden durch Reden und Gegenreden; und zwar in so delikater und doch überzeugender Form, daß — wieder im Gegensatz zu München — keinerlei Porzellan zerscherben wurde.

Vielleicht präßen im Herbst in Berlin die Meinungen härter aufeinander, wenn es gilt, mehr als „Preisend mit viel schönen Reden“ zu realen Entschlüssen zu gelangen, die auf beiden Seiten klare Bekennen und dann Kompromisse verlangen. Auf jeden Fall scheint uns die Lehre von Stuttgart zu sein, daß es durchaus noch möglich ist, sich mit den Ministern der Ostzone an einen Tisch zu setzen und zu besprechen, was sich trotz der Zonen und gegen die Zonen an gemeinsamer Arbeit für Deutschland erreichen läßt. Mögen verschiedene Gegensätze nach wie vor weiterbestehen: sie können abseits jeder polemischen Propaganda besprochen und in die Programme ein kalkuliert werden. Am Beweis dafür mögen die von Kultusminister Grimme-Niedersachsen an die Adresse von Kultusminister Hundhammer-Bayern gerichteten Worte gelten: „Ich darf sagen, daß sich um Ihre Person in Norddeutschland geradezu eine Art Mythos gewoben hat, ein Mythos, dem auch ich z. T. verfallen gewesen bin. Nun, da ich Sie kenne, weiß ich, daß Differenzpunkte zwischen uns zweifellos auch in Zukunft weiter bestehen werden. Aber ich glaube, die Schärfe im politischen Kampf ist für alle Zukunft restlos überwunden! Wir haben überhaupt den Eindruck bekommen, daß im Westen gar nicht eine so furchtbar rückständige und reaktionäre Gesellschaft sitzt, wie man es in der östlichen Presse zu lesen bekommen kann!“

Das also ist das Fazit der Stuttgarter Kultusministerkonferenz: Ein gegenseitiges Wiedererkennen von Ost und West und die Einleitung vierzonnaler kulturpolitischer Bestrebungen ohne Voreingenommenheit und verdrängliche Zwietsacht. Mögen die anderen Minister auf diesem Wege schleunigst folgen. F. T.

Deutschland-Rundschau

Verreichte Westzonen

München, (Dona). Rund 50 000 von den in Bayern beschlagnahmten 122 000 jüdischen DP's werden nach Mittelosteuropa in Staatskammern Dr. P. Auerbach in diesem Jahr auswandern.

München, (Dona). Das Verbot jeder politischen Betätigung für die Bayern-Partei durch den bayrischen Landtag forderte der WAV-Landesvorsitzende Julius Höllner. Zur Begründung führt Höllner an, die Entwicklung der Bayern-Partei habe gezeigt, daß sie nicht politische Ziele verfolge, sondern „offensichtlich bewußt Haß und Zwietsacht“.

Wärzburg, (Dona). Die Normalvertragskarte als Vorbedingung des Erbschaftsteuer-Zustandes wurde mehreren Bauern die ihren Ablieferungsobligat nicht nachkommen, neben einer Geldbuße, ihre Selbstverpächter-Ratzen entzogen.

Frankfurt, (Dona). Belgien, Holland, Italien, Österreich, die Tschechoslowakei und Ungarn haben die Genehmigung erhalten, in Frankfurt Konsulate zu errichten.

Kassel, (Dona). Die im sowjetisch besetzten Teil des Reichsgebietes gelegenen mittelaltlichen Zisterzienserklöster Teilstaatsburg und Bodensee sollen im Zuge der Bodenreform gesprengt werden. Auf einer Zusammenkunft von SED-Funktionären in Hellingen hat man zu dieser Angelegenheit beschlossen, an Stelle alter Klostergebäude im Zuge der Bodenreform Siedlerstellen zu errichten.

Düsseldorf, (Dona). „Die politische Verfolgung des Nationalsozialismus“, erklärte ein Rechtsanwalt aus Hannover in einem Demonstrationsprozeß, wie die VVN militär, die Verfolg-

ten seien nicht zum Hausdienst herangezogen worden und bezogen sich heute noch auf ein Lebensmittel.

Alexis, (sp). Als in deutsche Zeitung in der US-Zone konnte die „Schwabische Post“ am Donnerstag ihre erste Ausgabe drucken, nachdem sie am gleichen Tage die Lizenz durch den Direktor der amerikanischen Militärregierung für Württemberg-Baden, Charles M. Lefollet, erhalten hatte.

Frankenzone: Baden-Baden. Nach einem Abkommen zwischen der Stadtverwaltung Stuttgart und der städtischen Staatsverwaltung ist der Stadt Stuttgart zur Verfügung und soll dem Wiederaufbau dienen. Gegenwärtig sind 100 Holzschläger aus Stuttgart im Schwarzwald-Gebiet des Schwarzwaldes mit dem Holzschlag beschäftigt. st.

Sowjet-Zone: Leipzig. Die Stadtverwaltung Leipzig verfügt über 23 000 Hausvertragsbesitze, die das Handelsgewerbe zwischen Verwaltung und Bevölkerung bilden. st.

Grimma. Der Kreisrat Grimma beschloß, Steinbrüche und die Baustoffindustrie nur noch für die Neubauer arbeiten zu lassen. st.

Vierzonenstadt Berlin: Berlin, (Dona). Der Vorsitzende der SED, Otto Grotewohl, werde zur Teilnahme an Kongress der Kommunistischen Partei Großbritanniens keine Einreisegenehmigung erhalten, erklärte ein Beamter der britischen Militärregierung.

Beifall für die über alles Lob erhabene musikalische Leistung des Orchesters unter seinem sich leidenschaftlich für Reuter und seine Werke einsetzenden Fritz Lehmann erstattet wurde. Er schloß sich das Lob ein für die sorgsame Regie Dr. Ludwig Schliedermair, die packenden Bühnenbilder von Margarete Altwater und die ausgezeichneten solistischen Leistungen, unter denen Alexander Koles „Tod“, E. net Alexander Lorenz „Saul“ und Anni Ortmayrs „Junge Frau“ an erster Stelle zu nennen sind. — Um das Bild des Bühnenkomponisten Reuter abzurufen, wurde am Vortage des Uraufführungstages im Rahmen eines Tanzabends (musikalische Leitung: Fritz Lehmann, Choreographie Otto Kröger, Solotänzer: Ingeborg Guttman, Benno Hoffmann und Kurt Paudler) neben Werken der Fallas Reutters „Kerms von Delt“ gegeben — ein farbenhaftes, musikalisch hinreißendes Werk nach einer Legende aus der Brughel-Zeit. Dr. Wehagen.

Wir hören Radio Stuttgart

Begreiflicherweise können manche Radiohörer, die interessiert und es wert gewesen wären, das kritisch angeheißt worden wären, sonstiger Abhandlungen wegen nicht berücksichtigt werden. Der kritische Bericht eines Einzelnen wird sehr immer fragmentarisch und zufällig sein müssen. Interessant war am vorletzten Mittwoch eine Würdigung Molières in der Stunde des Bücherfreundes. Schade war nur, daß Dr. Karl Schmid, der diesen Bericht über die Sendestelle Heidelberg vermittelte, fast nur auf Werke und Mensch, weniger auf die aktuelle Bedeutung des großen französischen Dramatikers und Menschentatlers eingegangen ist, daß etwa eine kritische Zusammenfassung der Schroerschen Molière-Inaugurationen in Stuttgart da-

Verordneter Landesetat

Das Land Südbaden, das eine Verfassung besitzt, einen ordnungsgemäß gewählten Landtag und eine disziplinäre Regierung, unterwirft sich dem Willen, was in allen Parlamenten der Welt mit dem Landtag zur Beratung und Beschlußfassung, sondern verknüpfte kurz nach in Gesetz- und Verordnungsblatt des Staatshaushalt und erklärte ihn für vollzogen.

Dem Etat ist zu entnehmen, daß die Einnahmen und Ausgaben mit 322,4 Mill. RM angeführt sind, wovon 258,9 Mill. auf den außerordentlichen Etat, in dem vorwiegend die Kosten für die Kriegsfolgen verbucht sind, entfallen. Die Kosten für die Besetzung sind zusammengefaßt; genaue Zahlen werden nicht mitgeteilt. Im ordentlichen Haushalt stehen 410,5 Mill. Einnahmen 273,8 Mill. Ausgaben gegenüber. Bei den Einnahmen figurieren die Steuern mit 305,3 Mill. RM, was auf den Kopf der Bevölkerung den Betrag von 409 RM ausmacht. Die gesamten Besatzungskosten in der Zone betragen 77 Mill. RM, sie sind nun auf 60 Mill. RM gesenkt worden. Die Regierung hat sich bemüht, die Personalkosten weitestgehend zu senken, der Aufwand beträgt aber noch 67,8 Mill. im Etat fehlen Post und Bahn. Unter welcher Verwaltung beide Staatsrichtungen stehen, weiß im Lande niemand.

Es wäre bedauerlich, wenn das Landesparlament sich damit abfinden würde, daß der Etat des Staates einfach für vollzogen erklärt wird und sich damit des wichtigsten Rechtes der Einkünfte begibt. h. w.

Suspendierung des Landrats zu Lahr

Lahr. Das Badische Ministerium des Innern hat die Suspendierung des Landrats des Kreises Lahr, Plus Uhrig, „bis zur weiteren Verwendung“ auszusprechen. Eine offizielle Klärung der Gründe dieser Suspendierung ist noch nicht erfolgt. Landrat Uhrig äußerte jedoch vor seinem Fortgehen, es hinge mit der Nichtanmeldung von Geldern der NSDAP in einer der Gemeinden des Kreises zusammen. Vor seiner Versetzung nach Lahr Obis Uhrig in Rastatt das Amt des Landrats aus; von der dortigen Kreisversammlung wurde ihm das Vertrauen entzogen. br.

Anweisung für Sprachkammer

In der Sitzung des Entnazifizierungsausschusses des Landrats am 28. Januar 1948 wurde eine Uebereinstimmung dahingehend erzielt, daß die verfahrensmäßigen Zeileicherungen des Befreiungsgesetzes, die sich auf Grund des Art. 33 Absatz 4 in der Fassung vom 7. Oktober 1947 ergeben, nicht nur auf die dort unter a) bis c) aufgeführten Personen (P. g. nach dem 30. Januar 1933, aus IJ und EDM in die Partei Ueberführt, Blockwarter der NSV) beschränkt sein sollen. Vielmehr hat der öffentliche Kläger, wenn ihm dies nach dem Ergebnis seiner Untersuchung gerechtfertigt erscheint, nach vorheriger Genehmigung durch die Militärregierung in jedem Falle die Möglichkeit, einen Antrag auf Einreihung in die Gruppe der Minderbelasteten oder der Mitläufer auch bei Personen zu stellen, die in die Klasse II des Anhanges zum Befreiungsgesetz fallen. Ausgenommen bleiben Personen, die Mitglieder der von Nürnberg Militärrichtungen für verurteilt erklärten Organisationen waren und Personen, gegen die Beweismaterial über bestimmte Handlungen im Sinne der Artikel 2, 3, 4 und 5 des Befreiungsgesetzes vorliegt. P. A.

Ausbildung von Geh-Schullehrern für Amputierte

Ein Ausbildungslehrgang für Geh-Schullehrer an Amputierten (mit einem Gesamtüberblick über das heutige Behinderten-Problem) findet vom 5. bis 19. März 1948 in Gießen (Lahn) statt. Erwünscht ist die Teilnahme von Ärzten, Sportlehrern, Krankengymnasten und Orthopädie-Handwerkern. Den Vertretern der Unfall- und Krankenversicherungen und der sozialen Fürsorge wird die Teilnahme empfohlen. Mit der Durchführung ist der Oberarzt der Orthopädie, Universitätsklinik in Gießen, Dr. Karl Sell beauftragt, bei dem auch ein Lehrgangplan und die Teilnahmebedingungen angefordert werden können. st.

Beifall für die über alles Lob erhabene musikalische Leistung des Orchesters unter seinem sich leidenschaftlich für Reuter und seine Werke einsetzenden Fritz Lehmann erstattet wurde.

Er schloß sich das Lob ein für die sorgsame Regie Dr. Ludwig Schliedermair, die packenden Bühnenbilder von Margarete Altwater und die ausgezeichneten solistischen Leistungen, unter denen Alexander Koles „Tod“, E. net Alexander Lorenz „Saul“ und Anni Ortmayrs „Junge Frau“ an erster Stelle zu nennen sind. — Um das Bild des Bühnenkomponisten Reuter abzurufen, wurde am Vortage des Uraufführungstages im Rahmen eines Tanzabends (musikalische Leitung: Fritz Lehmann, Choreographie Otto Kröger, Solotänzer: Ingeborg Guttman, Benno Hoffmann und Kurt Paudler) neben Werken der Fallas Reutters „Kerms von Delt“ gegeben — ein farbenhaftes, musikalisch hinreißendes Werk nach einer Legende aus der Brughel-Zeit. Dr. Wehagen.

Aus dem Theatersleben. Das akademische Stodas der Minister Johannes-Gutenberg-Universität spielte auf der studentischen Kulturwoche in Freiburg Georg Büchners „Leonce und Lena“. — „Der Rind“, ein Schauspiel des schwedischen Nachwuchsstars Friedrich Dürrenmatt, erlebte am Stadttheater ein- und der Regie von Ernst Ginzberg seine eindrucksvolle Uraufführung. — Die Städtischen Bühnen Heidelberg konnten mit dem amerikanischen Lustspiel von Lindsay und Croese „Der Herr im Haus“ in Göttingen einen bedeutenden Bühnenerfolg erzielen. Im Mittelpunkt standen Robert Klein als Vater Clarence und Uosla Reibitz als Pantomime. — w.

Aus der Gelehrtenwelt. Als ersten deutschen Gelehrten nach München ist dem 83-jährigen Historiker Dr. Friedrich Heitsch das Würde des lebenslänglichen Ehrenmitglieds der amerikanischen Historischen Gesellschaft verliehen worden. — Professor Dr. Kirchheimer, Leiter der Badischen geologischen Landesanstalt, ist die Professur für Paläobotanik und Kohlenkunde in der mathematisch-naturwissenschaftlichen Fakultät der Universität Halle-Wittenberg angeboten. — Die Emersons Universität in Los Angeles hat den aus Göttingen nach München stammenden Prof. Dr. med. Alfred Bräschke zum Forschungsratsmitglied gewählt. — w.

HANDEL UND WIRTSCHAFT

Bizone soll 6 Millionen Tonnen Stahl erzeugen

Büsseldorf. (Dena) Die Generale Lucius D. Clay und Sir Brian Robertson haben...

lag also um nahezu eine halbe Million Tonnen höher als 1946 (2,48 Millionen Tonnen)...

Kurznotiert

Köln (SAZ). Versuche von deutscher Seite mit den belgischen Handelskammern...

mals auf der Internationalen Automobilausstellung in Genf der Öffentlichkeit vorgeführt wird.

Brüssel. 2,8 Millionen Tonnen betrug die belgische Rohstahlerzeugung 1947...

Washington (Dena-Beiter). Amerikanische Fachleute bereiten ein großes Bewässerungssystem zum Wiederaufbau der griechischen Landwirtschaft vor.

Alle Arbeitsinvaliden sowie Unfallbeschädigten der Stadt Karlsruhe...

VfB Mühlburg - Bayern München

Nach Kickers Stuttgart und 1. FC Nürnberg kommt nun am nächsten Sonntag mit Bayern München ein weiterer erster Bewerber...

VfB Mühlburg - Bayern München

-VfB Mühlburg-Reserve für die Zubeckner, die die nächste Straßenbahn abwarten wollen...

Gottesdienstleistungen

Evangelische Gottesdienste, Sonntag, 28. 2. 1948, Matthäus-Kirche: 9.00 Wachenschlaflied...

Familienanzeigen

Wilhelm Krich - Ines Krich (Krich) geb. Schilling, Verwitwte, Karlsruhe, Leopoldstr. 31, 28. 2. 1948.

Veranstaltungen

Belgisches Staatstheater Karlsruhe, Spielplan für die Woche vom 28. Februar bis 7. März 1948...

Konzertdirektion Helmut Holmeister

Konzertdirektion Helmut Holmeister, Altona Fingel, der von allen Sängern bestes Tenor...

Konzertdirektion Hans Müller

Konzertdirektion Hans Müller, Sonntag, 28. 2. 1948, 19.30 Uhr, best. Intendant Ludwig Tiefenbrunn...

Konzertdirektion Kurt Neufeld

Konzertdirektion Kurt Neufeld, Sonntag, 28. 2. 1948, 19.30 Uhr, Maximas, Handel, Chansons...

Ämterliche Bekanntmachungen

Berechnung von Karlshof-Südbahnhof die Gehwege von Schnee, streut bei Glätte...

Stellenangebote

DENA (Deutsche Nachrichtenagentur) bei Neudamm, a. f. d. Ostsee...

Zu kaufen gesucht

Ich suche, neuwertig, Motorhandwagen, m. ev. engl. Motor...

Unterleitet

Privat-Tanzschule Braunagel, Karlsruhe, Nowack-Allee 13, Ruf 3653...

Zu verkaufen

20 000 Schmalbrotkrücker, 45 mm x 1 W, aus Temperraffin, mit Woll...

Verloren Gefunden

Die Frau, welche Sonntag, 22. 2. mit mir von Bismarck nach Landau fuhr...

Verschiedenes

Die Inhaberin Beruf: Der Speisezubereiter, Arbeitsverhältnisse...

Verloren Gefunden

Die Frau, welche Sonntag, 22. 2. mit mir von Bismarck nach Landau fuhr...

Verschiedenes

Die Inhaberin Beruf: Der Speisezubereiter, Arbeitsverhältnisse...

Elektronen, versch. Art

Elektronen, versch. Art, zu verm. Anfr. mit genauesten Details...

Geschäftliche Empfehlungen

Friedel-Pedding, extra feinstes, das Spezialgeschicht...

Geschäftliche Empfehlungen

Feinleder-Pedding, extra feinstes, das Spezialgeschicht...

Geschäftliche Empfehlungen

Feinleder-Pedding, extra feinstes, das Spezialgeschicht...

Geschäftliche Empfehlungen

Feinleder-Pedding, extra feinstes, das Spezialgeschicht...

Geschäftliche Empfehlungen

Feinleder-Pedding, extra feinstes, das Spezialgeschicht...

Elektronen, versch. Art

Elektronen, versch. Art, zu verm. Anfr. mit genauesten Details...

Geschäftliche Empfehlungen

Friedel-Pedding, extra feinstes, das Spezialgeschicht...

Geschäftliche Empfehlungen

Feinleder-Pedding, extra feinstes, das Spezialgeschicht...

Geschäftliche Empfehlungen

Feinleder-Pedding, extra feinstes, das Spezialgeschicht...

Geschäftliche Empfehlungen

Feinleder-Pedding, extra feinstes, das Spezialgeschicht...

Geschäftliche Empfehlungen

Feinleder-Pedding, extra feinstes, das Spezialgeschicht...